



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025
Telefax 712 94 25

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.
Zl 1642-01/94

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1017 Wien

Betrifft: Immissionsschutzgesetz - Luft (IG-L) -
Begutachtung und Stellungnahme

Schr d BMUJF vom 14. April 1994,
GZ 19 4444/8-I/8/94

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	35-GE/19-44
Datum: 26. MAI 1994	
Verteilt	26. Mai 1994

Kag. Bohndal

In der Anlage beehrt sich der RH, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum ggstl Geset-
zesentwurf zu übermitteln.

Anlage

20. Mai 1994

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Wick



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025
Telefax 712 94 25

An das

Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.
Zl 1642-01/94

Betrifft: Immissionsschutzgesetz - Luft (IG-L) -
 Begutachtung und Stellungnahme

Schr d BMUJF vom 14. April 1994,
GZ 19 4444/8-I/8/94

Der RH bestätigt den Erhalt eines (überarbeiteten) Gesetzesentwurfes zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz-Luft, IG-L) und stellt einleitend anerkennend fest, daß dem Gebot des § 14 BHG über die Abschätzung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtssetzender Maßnahmen nunmehr in vorbildlicher Weise entsprochen wurde.

Gleichzeitig erinnert der RH jedoch an seine zum ersten Entwurf abgegebene Stellungnahme vom 2. Dezember 1992 (= RHZl 4014-01/92) und regt neuerlich an, dem Verursacherprinzip entsprechend eine Kostentragungspflicht auch für jene Aufwendungen ausdrücklich vorzusehen, die der öffentlichen Hand im Rahmen der Statuserhebung bzw bei der Erstellung des Maßnahmenkataloges entstehen. In diesem Zusammenhang verweist der RH nochmals auf den § 52 des deutschen Bundes-Immissionsschutzgesetzes, der für Eigentümer und Betreiber von Anlagen, die Schadstoffe emittieren, Kostentragungspflichten auch für Überwachungsmaßnahmen vorsieht, sofern die Ermittlungen ergeben, daß Auflagen oder Anordnungen nicht erfüllt werden.

RECHNUNGSHOF, ZI 1642-01/94

- 2 -

Von dieser Stellungnahme werden ue 25 Ausfertigungen dem Präsidium des NR und je zwei Ausfertigungen dem Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform sowie dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

20. Mai 1994

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
